



Klaus von Beyme

# Von der Postdemokratie zur Neodemokratie



Springer VS

---

# **Von der Postdemokratie zur Neodemokratie**

---

Klaus von Beyme

# Von der Postdemokratie zur Neodemokratie

Dr. Klaus von Beyme  
Heidelberg, Deutschland

ISBN 978-3-658-00980-9  
DOI 10.1007/978-3-658-00981-6

ISBN 978-3-658-00981-6 (eBook)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS  
© Springer Fachmedien Wiesbaden 2013  
Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist eine Marke von Springer DE. Springer DE ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.  
[www.springer-vs.de](http://www.springer-vs.de)

# Inhalt

<b>1 Die Debatte um die Postdemokratie und die Tradition der Niedergangsszenarien</b>	<b>7</b>
1.1 Das Niedergangsszenario „Postdemokratie“	7
1.2 Demokratie ohne diktatorische Alternative?	14
<b>2 Politik im Kreuzfeuer der Kritik der alten Medien und das Wutbürgertum in den neuen Medien</b>	<b>21</b>
2.1 Wutbürgertum - eine neue Protestkultur?	22
2.2 Bösewichter und Lieblinge in den Kampagnen der Medien	27
2.3 Neue Medien in den Netzwerken gegen die etablierten Medien	33
2.4 Konklusionen	38
<b>3 Neue Formen der Partizipation und die Gefahren von Populismus und Rechtsextremismus</b>	<b>47</b>
3.1 Definitionen, Kriterien, Typologien und Entwicklungsstadien des Populismus	47
3.2 Die neue normative Debatte über Demokratie und die Vorzüge und Fehlschläge des Populismus	55
<b>4 Vorschläge zur institutionellen Demokratiereform in Deutschland</b>	<b>73</b>
4.1 Theorie der blockierten Gesellschaft	73
4.2 Demokratieverdrossenheit und Demokratiereform	77
4.3 Einzelvorschläge zur Reform von Parlamentarismus und Parteienstaat	81

4.4	Demokratiereform in Koalitionsverhandlungen, Regierungserklärungen und im Policy-Output	100
<b>5</b>	<b>Normative Modelle der Demokratieentwicklung: Von der Postdemokratie zur Neodemokratie?</b>	<b>119</b>
5.1	Gerechtigkeitsvorstellungen für einen demokratischen Neuanfang	119
5.2	Theorien der Demokratiereform	132
	<b>Personenverzeichnis</b>	<b>155</b>

# 1 Die Debatte um die Postdemokratie und die Tradition der Niedergangsszenarien

## 1.1 Das Niedergangsszenario „Postdemokratie“

Der Demokratiebegriff wird nach Ansicht einiger Kritiker durch seine Mehrdeutigkeit verfälscht, da er immer in zwei Versionen auftritt: als Verfassung des Gemeinwesens oder als Verwaltungspraxis. Die zweite Version überwiegt laut Agamben (2012: 9). Dabei wurde unterstellt, dass das Zentrum der Maschine leer bleibt, weil zwischen beiden Begriffen keine Vermittlung möglich sei. Dass die verschiedenen Wissenschaften mit unterschiedlichen Ansätzen an den Demokratiebegriff herangehen, scheint mir normal bei einem pluralistischen Wissenschaftsbegriff. Diese Pluralität ist auch ungefährlich, solange es allgemeine normative Theorien der Demokratie gibt (Kap. 5), und nicht nur Horrorszenarios des Niedergangs einzelner Politikbereiche in der Postdemokratie. Die Pluralität wird in der postmodernen Gesellschaftskritik vielfach wegen ihrer Beliebigkeit kritisiert. Die Gleichheit aller Dinge wird postuliert, und diese schafft Konstruktionen und Erscheinungen ohne Ende, „aber eine Welt kann nicht zu Tage treten“ (Badiou 2012: 13). Genüsslich lässt sich diese Gesellschaftskritik mit Platons Demokratiekritik begründen, der in der „*Politeia*“ (Der Staat, §§558c ff) die Demokratie als „ein anmutige, regierungslose, buntscheckige Verfassung, welche gleichmäßig Gleichen wie Ungleichen eine gewisse Gleichheit austeilt“ klassifizierte. Platon unterschied eine *geometrische Gleichheit* (proportional zum Verdienst) von einer *absoluten arithmetischen Gleichheit*. Das Prinzip der Demokratie beruhte für ihn – der die repräsentative Demokratie noch nicht kannte – auf der arithmetischen Gleichheit. Die entartete Freiheit in der Demokratie wurde für Platon (§ 562a) zum Nährboden der Tyrannis. Absurde Folgerungen wurden aus solchen Rückblicken angesichts der *buntscheckigen Beliebigkeit der Postmoderne* gezogen. Etwa, dass wir echte Demokraten nur bleiben können, wenn wir „wie der Kommunisten werden“ (Badiou 2012: 22).

Die Geschichte des Demokratiebegriffs ist eine Geschichte der Kombination von Demokratie mit Zusatzbegriffen als:

- *neue Staatsformen* wie „republikanisch“, „liberal“, sozialistisch“, „Volksdemokratie“,
- oder als *Spezifizierung der herkömmlichen Regierungsform* wie „repräsentativ“, „plebisziär“, „pluralistisch“, „gelenkt“ oder „defekt“,
- oder *normativ-vage* als „wahre Demokratie“ oder als „deliberative Demokratie“.

Die Kombination „*repräsentative Demokratie*“ ist die geläufigste und dennoch wird sie häufig als oligarchische Form“ kritisiert. Für Rancière (2011: 58f, 97ff) ist die Repräsentation sogar das genaue Gegenteil der Demokratie. Demokratie wurde vielfach als Herrschaft eines sozial einheitlichen Volkes angesehen. Die Einheitlichkeit hat man notfalls durch Entmachtung des Adels oder des besitzenden Bürgertums künstlich herzustellen versucht und damit in Autoritarismus umschlagen lassen. Repräsentation ist die notwendige Konzession an die Heterogenität der Gesellschaft und die Vielzahl der Ideologien, Staatskonzeptionen, sozialen Bewegungen und Parteien im Volk. Die maßlose Übertreibung einer Entstehung von „Hass der Demokratie“ beruht nicht zuletzt auf der Gleichsetzung von Demokratie in der sozialen Ordnung mit dem „Chaos in der Naturordnung“. Demokratie ist angeblich durch keine institutionelle Form gewährleistet und von keiner historischen Notwendigkeit getragen. Das kann Hass erzeugen bei denen, die Macht über das Denken ausüben wollen. „Doch bei denen, die mit jedem Beliebigen die gleiche Macht der Intelligenz zu teilen wissen, kann sie im Gegenteil Mut hervorrufen, also Freude“ lautet selbst in dieser Philippika die tröstliche Abschlussbotschaft. Die in der politischen Diskussion übliche Anhäufung von schmückenden Beiwortern für die Demokratie hinterließ nach Meinung einiger Autoren einen unangenehmen Beigeschmack, als sei die Demokratie „eine fade Suppe, die erst durch Gewürze Geschmack annimmt“ (Rosanvallon 2010: 279).

In der politischen Theorie der Neuzeit kam es nur schrittweise zur Adaptation des Demokratiebegriffs in die vorherrschenden politischen Theorien. Begriffsgeschichtliche Tiefenanalysen zeigten, dass der Demokratiebegriff

seit der Antike kontinuierlich semantischen Transformationen unterlag durch Positivierung, Futurisierung und Komplettierung.

- Der Demokratiebegriff der Antike war in der Theoriegeschichte lange negativ besetzt. Am Anfang kam es zu einer „*Positivierung des Demokratieverständnisses*“ seit Spinoza und Rousseau.
- Eine zweite semantische Transformation ist in der *Futurisierung* des Begriffes gesehen worden.
- Eine dritte Adaption liegt in der *Rationalisierung* des Demokratiebegriffs.

Die partizipative Komponente ist nach Ansicht von Buchstein (2011: 55f, Buchstein und Jörke, 2003: 471ff) fast zu einem Ballast geworden. Man sah zunehmend eine Kluft zwischen der Partizipation und einem rationalen Entscheidungsoutput. Statt Partizipation wurde nun die Qualität der Politikergebnisse, statt *input* der *output* mit dem Demokratiebegriff verbunden. Aber auch bei der *Output-Demokratie* häuften sich die Zweifel: sind die Demokratien fähig, die wachsende Verschiedenheit der sozialen Anforderungen zu meistern, oder kommt es aufgrund der Internationalisierung der Systeme zu „*democratic overload*“ und zur Unregierbarkeit in der „*late-modern democracy*“? (Blühdorn 2009: 18f, 21).

Die Demokratie basierte auf der Annahme einer konsistenten und unterscheidbaren Identität der Individuen und der sozialen Gruppen (Inglehart / Welzel 2005: 299). Neuerdings wurde in postmodernen Philosophien aber die Identität der Einzelpersonen wie der Gruppen stark in Frage gestellt. Das moderne Ideal scheint sich aufzuheben. Post-subjektive Strategien der Legitimation haben Einzug gehalten. In der Input-Dimension beruht nach dieser Ansicht (Blühdorn 2009: 41, 43) die Legitimität auf wissenschaftlicher Objektivität und auf Expertenwissen. In der Output-Dimension basiert die Legitimation auf der Effektivität der Durchführung von systemischen Notwendigkeiten und auf der formalen Effizienz der zugehörigen politischen Prozesse und erfordert eine „*postdemokratische Wende*“. Was lange eine Interpretation der Luhmannschen Theorie-Sekte schien, dass in der Spätmoderne die Zentralperspektive der Gesellschaft verloren ging, scheint inzwischen herrschende Lehre zu werden: die Zentralinstanzen der Gesellschaften bewegen sich voneinander weg (Nassehi 2012: 50).

Es ist angesichts dieses Begriffswirwarrs fast ein Wunder, dass der Terminus Demokratie sich als Grundbegriff gehalten hat, selbst bei semi- und vollautoritären Bewegungen. Unter den „defektiven Demokratien“ gibt es *kompetitive autoritäre Regime*, von denen nicht immer klar ist, ob sie schlecht regierte Systeme sind, oder ob die demokratische Struktur eine bloße Hülse geworden ist. Viele Übergangsregime von der Türkei bis nach Brasilien sind „*at risk democracies*“ genannt worden, die vielfach stagnieren oder auch nur an „*bad government*“ leiden (Diamond 2008: 292, 296). Dies ist einer der Gründe, warum der Begriff des *Rechtsstaats* in der Demokratie gleichberechtigt neben die partizipativen Aspekte des Systems getreten ist. Zu den positiven terminologischen Verstärkungsversuchen gegenüber der Demokratie treten immer häufiger pejorative Kompositionen hinzu. Sie zeigen sich jedoch seltener als zwischen den beiden Weltkriegen offen als antidebakatisch, sondern versuchen, die niedergehende Demokratie gleichsam zu retten, trotz der Bezeichnung „Postdemokratie“.

Wie so oft in der Geschichte pejorativer Beiworte reizt die terminologische Herabsetzung zur Schaffung positiver Komposita wie „Neodemokratie“. Der Titel dieses Beitrags ist in Analogie zur Kunstgeschichte konstruiert. Dort gab es die Erfahrung, dass immer wenn eine „Post-Phase“ ausgerufen wurden war, kam es nach einer Weile zu einer Neo-Bewegung, vom Neo-Impressionismus bis zum Neo-Dadaismus (Tomkins 1988: 7, 38). Umbrüche im Kunstgeschmack – etwa vom abstrakten Expressionismus in den USA, der die 50er Jahre dominierte, zur Pop Art – wurden vielfach angeblichen Verschwörungen der Kunstinterpreten zugeschrieben. Soweit diese an klassischen Avantgarde-Standards festhalten wollten, haben sie beigetragen, die ihnen teure Kunstrichtung als „Neo-Bewegung“ wieder zu beleben. In der Geschichte der politischen Theorien würde ich nicht von Verschwörungen ausgehen, aber auch hier gibt es theoretische Moden, die gelegentlich von der halbwissenschaftlichen Medienwelt gern aufgegriffen werden. Ich habe die These vertreten, dass vergleichbares sich auch in der politischen Theorie ereignet hat: „*From Post to Neo*. Die Entwicklung der politischen Theorien nach dem angeblichen Ende der großen Debatten“ (v. Beyme 2007). Als neueres Beispiel könnte der Streit um die Demokratie dienen. „Neodemokratie“ findet sich als Terminus so gut wie nie in der umfangreichen Demokratie-Diskussion, und wenn dann ohne eine analytische Einordnung in den Streit der Begriffe. „Neodemokratie“ scheint prima vista so vage wie die

Postdemokratie – hat aber den Vorteil, dass er diesen Bezeichnung den ideo-logischen Zweckpessimismus vieler Postdemokraten überwindet und die konstruktive Suche nach neuen Modellen erleichtert (vgl. Kap. 5).

Am Anfang der Demokratietheorien seit Tocqueville standen die Szenari-en des Niedergangs. Tocqueville sah zwei Gefahren für die Demokratie dro-hen: die Unterordnung der Legislative unter die Wählerschaft und die Zu-sammenfassung aller anderen Regierungsgewalten in der Legislative, in einer Art „*gouvernement d'assemblée*“. Tocqueville (1961: 12ff) war aber bereits ungleich differenzierter als die neueren Demokratie-Kritiken. Er bekannte sich zu einer wissenschaftlichen Analyse ohne normativen Impetus. Er wollte kein Loblied singen und keine Regierungsform anpreisen. Er behauptete, sich nicht einmal ein Urteil angemaßt zu haben, ob der Fortgang der Ent-wicklung der Menschheit zum Vorteil oder zum Nachteil gereichen werde. Nur implizit ließ sich eine Niedergangstheorie aus seinem Werk über Amerika herauslesen, weil er die Freiheit durch wachsende Gleichheit überall be-droht sah. John Stuart Mill hat in der „Edinburgh Review“ 1840 (1859: 62) in einer berühmten Rezension bereits ein Manko in der Methodologie von Theoretikern des historischen Niedergangs der Staatsformen moniert, welches sich bis ins 21. Jahrhundert nachweisen ließ: „Tocqueville hat offensichtlich die Effekte der Demokratie mit denen der Kulturentwicklung (*civilization*) verwechselt. Er hat in eine abstrakte Idee alle Tendenzen moderner Handels-gesellschaften gebündelt und ihnen einen Namen gegeben – Demokratie“. Heute lautet dieser eine Name nicht selten: „Postdemokratie“.

Die Aufbruchsstimmung nach dem Zweiten Weltkrieg hat zunächst eher Aufstiegsszenarien begünstigt. Die „*Aufbruchsdemokratie*“ nach 1945 wurde vielfach als Modell der Demokratie schlechthin gewertet, obwohl sie etwa unter Adenauer durchaus noch gemäßigt autoritäre Züge haben konnte. Bei einigen Theoretikern des Niedergangs lag der Höhepunkt der Demokratie später, als es im „*Postfordismus*“ zu sozialen Kompromissen zwischen den Interessen der kapitalistischen Wirtschaft und der arbeitenden Bevölkerung kam. Für Forscher, die von der Korporatismustheorie und den Gewerkschaftsstudien her kamen, wie Colin Crouch (2008: 15), war der Höhepunkt der Demokratie durch den vorübergehenden Sieg des *Keynesianismus* er-reicht. Als die keynesianische Nachfragesteuerung schrittweise dem Neolibe-ralismus wich, wurde ein Niedergang angenommen.

Die routinierte Langeweile in demokratischen Systemen, in denen gerade keine ökonomische oder politische Krisen die Funktionsweise des Systems erschüttern, lädt ebenfalls zu pejorativen Annahmen über die Entwicklung der Demokratie ein. Auch mit der Kritik der 68er Revolte kam es zunehmend zu Visionen des Niedergangs. Bei Ulrich Beck (1988: 292) wird Postmoderne nicht sehr spezifisch mit der „Herrschaft des Zynismus“ identifiziert. Die Kritiker waren im Spektrum der Ideologien eher „links“ angesiedelt. Ein konservatives Niedergangsszenario entwickelte sich in den 80er Jahren mit der Debatte um die *Unregierbarkeit* in modernen Demokratien. Benjamin Barber (1994: 11, 13, 33) resümierte zutreffend: „Wenn die Welt unregierbar geworden ist, wie können Menschen dann erwarten, sich selbst zu regieren? Der Slogan der ‚Unregierbarkeit‘ ist eine Entschuldigung für Präsidenten, die nicht regieren können, und eine Rechtfertigung für solche, die es nicht wollen“. Demokratie hat unter der Ägide des Neoliberalismus öffentliche Güter in private umdefiniert, Firmen zu öffentlicher Verantwortung herangezogen und sogar Soldaten auf dem freien Markt angeworben. Das Überleben der Demokratie hing für diese Kritiker an der Lockerung der Bindung an die liberale Theorie, ob sie nun als anarchistische, realistische oder minimalistische Variante auftritt.

Die Entwicklung zur Postdemokratie wurde vielfach additiv mit einzelnen Erscheinungen identifiziert (vgl. Richter 2006: 24) – was schon Mill an Tocqueville auszusetzen hatte. Zu diesen Einzelerscheinungen gehörten:

- die *Oligarchisierung* der liberalen Demokratie (Buchstein),
- die Aushöhlung der Gewaltenteilung durch *Präsidentialisierung* (Körösényi),
- die Entstehung des *Populismus* statt demokratischer Partizipation,
- und die *Dominanz korporatistischer Arrangements* im Entscheidungsprozess (Colin Crouch). Bei Crouch (2008: 93f) hat sich gleichsam eine neue Trinität herausgebildet in der *Ausweitung der Berater- und Lobbyistenzirkel* im Umfeld der politischen Elite. Berlusconis Netzwerk aus ad hoc geschaffenen politischen Strukturen und der Einmischungswut seiner Firmen ist nur das krasseste Beispiel für einen postdemokratischen Trend.

Der Niedergang der Klassen und der *Aufstieg der Experten* scheint die demokratischen Parteien entscheidend zu schwächen. Sachliche Kompetenz hat vielfach den Enthusiasmus der Amateure verdrängt (vgl. Kap. 2). Diese Analyse übersieht freilich, dass eine neue *Amateurskultur* im Umkreis der neopopulistischen Bewegungen und der „Liquid Democracy“ in den Medien zum funktionalen Äquivalent geworden ist. Die „Kompetenzauslagerung“ aus dem politischen System wird beklagt. Aber es wird vielfach übersehen, dass es auch zur „Kompetenzeinlagerung“ von wirtschaftlichem Sachverstand in Beratungsgremien und Brainstorming-Terminen der Parteien kommt. Die Verdrängung der herkömmlichen Interessengruppen hat sich wenigstens in Deutschland kaum vollzogen, auch wenn Gewerkschaften über Mitgliederschwund klagen. Aber die neuen Bürgerinitiativen, NGOs und Lobbys von Privilegierten und Unterprivilegierten sind meist mitgliederschwach, aber sie ermöglichen gleichwohl eine themengebundene Partizipation, nachdem eine Abarbeitung des gesamten Spektrums eines vielseitigen Parteiprogramms durch Aktivitäten der Mitglieder in der Überbeanspruch der Zeit von Bürgern heute schwer denkbar ist. Parteien experimentieren immer wieder mit „Schnupperkursen“ und Einladungen zur Mitwirkung an Nichtmitglieder – mit mäßigem Erfolg. Die *Netzwerkdemokratie* wird in der Mobilisierung von Teilzeitinteressenten an einer Frage immer erfolgreicher bleiben als die herkömmlichen Großorganisationen. Es wurde an den neodemokratischen Partizipationsmustern das Kampagnenunwesen und die Inszenierungen beklagt (Crouch 2008: 148), als ob die Parteien und Wahlkämpfe nicht ähnlich strukturiert würden. Als Beispiele für diese Missbräuche gelten die Bewegungen des Feminismus und der Umweltbewegung. Gerade diese beiden sind jedoch über die demagogische Inszenierung nach einiger Zeit hinausgewachsen und ihre Programme sind von allen Großorganisationen partiell adaptiert worden. Erfolge gerade dieser beider Bewegungen kann man nur mit Böswilligkeit leugnen.

Alle die oben aufgezählten Einzelerscheinungen lassen sich in vielen demokratischen Systemen nachweisen, aber ein neuer genereller Typ von Postdemokratie lässt sich aus ihnen noch nicht stringent ableiten. Die eigenwillige Konstruktion eines Entwicklungsschemas der Demokratien wurde sogar der „eurozentrischen Diffamierung von demokratischen Evolutionsprozessen“ verdächtigt, weil die westliche Welt beansprucht, schon in ein neues Stadium einzutreten, während die Dritte Welt sich mühsam den westlichen Demokra-

tiestadien annähert (Richter 2001: 26f). Die Einordnung von Systemen als „postdemokratisch“ bleibt entweder vage und normativ – und versteht sich als Weckruf für eine Rückkehr zur „wahren Demokratie“ wie bei Jean-Marie Guéhenno (1993), oder bleibt einseitig, weil nur einzelne Indikatoren wie Partizipation und Wahlbeteiligung als relevant für die Systementwicklung angesehen werden.

Die erste Variante ist um 2012 unversehens aktuell geworden. Kaum wurde unterstellt, dass der Populismus die Partizipation ersetze, kam es zur Proklamation neuer ubiquitärer und liquider Formen der Partizipation bei den Piraten. Über Postdemokratie scheinen eher ironisch-distanzierte Empiriker der Sozialwissenschaften zu räsonieren. Aktivisten einer neuen demokratischen Politik hingegen halten in der Regel am Demokratiebegriff fest und versuchen eine neue bessere Demokratie mit Hilfe der neuen Medien für die Zukunft zu proklamieren.

Für eine Linke wie Sahra Wagenknecht (2012: 10f, 42) erinnerte die gegenwärtige Lage an die Endphase der DDR. Die postdemokratische und postsoziale Gesellschaft, auf die wir angeblich zusteuern, ist der „Kapitalismus pur“. Je größer der Chor der Untergangsprediger wird, umso mehr werden die Prognosen jedoch nach wenigen Jahren zu „*selfdestroying prophecies*.“ Negative Entwicklungen und positive Gegenreaktionen von Teilen der Gesellschaft sollten nicht pauschal verkündet, sondern empirisch im Detail analysiert werden. Auch Wagenknecht (2012: 236f) versuchte einige Gegenstrategien in der Schuldenkrise zu finden, wie die Streichung der Alt-schulden der EU-Staaten, die Verstaatlichung der großen Finanzkonzerne, Vermögensabgabe auf sehr hohe Vermögen und radikale Umverteilung der Einkommen von oben nach unten. Die ersten beiden Forderungen sind vielfach auch außerhalb der „Linken“ akzeptiert. Die dritte und vierte Forderung stößt auch bei Anhängern eines „kreativen Sozialismus“ auf Bedenken hinsichtlich ihrer Durchsetzbarkeit im Zeitalter der Europäisierung und Globalisierung.

## 1.2 Demokratie ohne diktatorische Alternative?

Bei Platon (§ 562a) war die Demokratie noch der Nährboden der Tyrannis. Nach den Weimarer Erfahrungen wurde diese These vielfach auch in

Deutschland geglaubt. Aber im postdemokratischen Zeitalter hat sich einiges gewandelt. Niemand vertritt heute ernsthaft die Alternative zur Demokratie – die Diktatur. Eine gewisse Versuchung stellt allenfalls der *Rechtspopulismus* dar, sofern einige radikalere Varianten Sehnsucht nach „ein bisschen Diktatur“ verspüren (vgl. Kap. 3). Aber wenn selbst bei nicht-populistischen Spitzenpolitiker(inne)n, wie Angela Merkel, unterstellt wurde, dass sie die „leise Variante autoritärer Machtentfaltung“ biete, die Deutschland so noch nicht kannte (Höhler 2012), werden Tor und Tür geöffnet, für eine unqualifizierte Generalkritik am demokratischen System.

Die Kalkulation auf eine autoritäre Entwicklung ließe sich noch vertreten, wenn die moderne Diktatur die Figur einer „*Diktatur auf Zeit*“ wie im alten Rom internalisiert hätte. Diese erlaubte kurzfristig autokratisch Probleme zu lösen. Aber der Diktator war hinterher rechenschaftspflichtig. Darin ist in nuce ein Element von Rechtsstaatlichkeit enthalten. Diese antike Vorkehrung einer Diktatur auf Zeit zeigte etwas, dass es im alten Rom noch nicht gab: das Nebeneinander von Demokratie und Rechtsstaat. Spätestens seit der Transformation der kommunistischen Regime zur Demokratie wissen wir jedoch: die Demokratie mit formal leidlich freien und fairen Wahlen ließ sich ungleich leichter installieren als ein nachhaltiger Rechtsstaat – selbst in Ländern, welche die Verfassungsgerichtsbarkeit österreichisch-deutschen Musters übernommen hatten, wie zunächst in Jugoslawien, Polen und Ungarn, später sogar die Sowjetunion unter Gorbatschow und vor allem in der Russländischen Föderation unter Jelzin seit 1991 (v. Beyme 1994: 271ff). Dass die Diktatur keine echte Alternative zur repräsentativen Demokratie darstellt, haben neuere Studien über die Regime-Dauer gezeigt. Diktaturen lebten in der Regel nur zwei oder drei Jahrzehnte. Diktatoren versuchen in Zeiten der Krisen durch Konzessionen in der Wohlstandspolitik und notfalls sogar mit demokratisch erscheinenden Innovationen zu überleben (Gandhi/Przeworski 2006: 1). Am kürzesten dauerten im letzten Jahrhundert die Militärdiktaturen (9 Jahre). Es folgten die personalistischen Regime (15 Jahre), und die Einparteienregime (25 Jahre) (Geddes 1999: 133).

In Deutschland traut sich kaum ein Demokratietheoretiker wie der Ungar Körösenyi (2005: 359) die Theorie der *Führerdemokratie* im Namen von Max Weber und Michels zu lancieren. Durch die populistischen Bewegungen wurden die anfangs gelobten Führer auch inzwischen häufig diskreditiert und wurden in ihren eigenen Bewegungen ausgebootet von Jörg Haider bis

zu Schönhuber. Nur selten wurde von den Ausgebooteten ein Comeback angedroht, wie von Berlusconi im Sommer 2012. Die Priorität der „Herrschaft des Rechts“ über die „Herrschaft von Menschen“ ist nach den deutschen Erfahrungen mit der Weimarer Republik zum Glück nicht zu verdrängen. Deutschland glänzte daher mit rührigen Gegenkampagnen, wo immer neofaschistische Gruppen versuchten, Aufsehen zu erregen.

Es wuchs in den letzten Jahren die Zahl der Bücher, die ein Ende der Demokratie in der Bundesrepublik prognostizierten. Selbst ein wirtschaftliches Wachstum von 2-4% galt einigen Kritikern nur als „simuliertes Wachstum“, weil es angeblich komplett schuldenfinanziert war. Auch die im Volk am günstigsten eingeschätzten Institutionen, wie das Verfassungsgericht und das Grundgesetz wurden herabgesetzt. Das Verfassungsgericht wurde als degeneriert und „autoritär“ bezeichnet und das Grundgesetz hatte nach dieser Konzeption „ausgedient“ (Grünenberg 2008: 26, 193, 215). Auch die grün-alternativen Staatskritiker konnten nach Ansicht einiger linker Pamphletisten das System nicht funktionsfähig halten, weil sie den „alten politischen Liberalismus (nur) ökologisch aufpeppen und mit einer Portion Kulturpessimismus versehen“ (Fiesahn 2008:393). Meist blieben die Pauschalkritiker auch pauschal in ihren Prognosen. Gemäßiger Autoritarismus überwog auch in dieser Art Literatur, die von einer „Dritten Republik“ sprach, die „härter, kantiger, nicht mehr so weich und freundlich“ sein werde (Grünenberg 2008: 194). Dabei wurde übersehen, dass alle propagandistischen Neunummerierungen von Republiken in Europa gescheitert sind: die „zweite Republik“ in Italien unter Berlusconi, die „dritte Republik“ in Österreich in der Propaganda von Haider, die „vierte Republik“ in Polen unter Kaczyński. Die Polemik gegen das „vierte Reich“ von Angela Merkel wird in der seriösen Presse der anderen europäischen Länder nicht ernst genommen.

Die Erwartungen hinsichtlich autoritärer Tendenzen sind von den Postdemokratietheoretikern von Crouch (2005) bis Losurdo (2008) inzwischen sehr viel bescheidener worden. Gemäßigt linke Kritiker gingen aber davon aus, dass die Parteien in charismatische Individuen und die Bevölkerung in eine atomisierte Masse aufgelöst wurden. Folge aber war nicht die offene Diktatur, sondern das, was Losurdo „Soft-Bonapartismus“ nannte. Parteien wurden nicht für irrelevant erklärt, aber sie galten nur noch als ein Akteur unter einer wachsenden Anzahl (Seils 2010: 113). Einige Kritiker fanden milde Ausdrücke, wie „liberale Oligarchien“ (Zolo 1998). Sie waren nicht mehr